

Gemeinde
Bodenrode-Westhausen

Satzung
zur
Erhebung einer Hundesteuer
in der
Gemeinde Bodenrode-Westhausen
(Hundesteuersatzung - HuStSatz)

Auf der Grundlage der §§ 19 Abs. 1 und 21 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. November 2008 (GVBl. S. 381), der §§ 1, 2 und 5 des Thüringer Kommunalabgabengesetzes (ThürKAG) in der Fassung der Neubekanntmachung vom 19. 09. 2000 (GVBl. S. 418), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. 12. 2004 (GVBl. S. 889) hat die Gemeinde Bodenrode-Westhausen in der Sitzung am 19. März 2009 folgende

***Satzung für die Erhebung einer Hundesteuer
in der Gemeinde Bodenrode-Westhausen
(Hundesteuersatzung – HuStSatz)***

beschlossen:

§ 1 – Steuertatbestand

- (1)** Gegenstand der Steuer ist das Halten eines über vier Monate alten Hundes zum Zwecke der privaten Lebensführung im Gemeindegebiet. Maßgebend ist das Kalenderjahr.
- (2)** Kann das Alter des Hundes nicht nachgewiesen werden, so ist davon auszugehen, dass der Hund älter als vier Monate ist.

§ 2 – Steuerfreiheit

Steuerfrei ist das Halten von:

1. Hunden, die ausschließlich zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben dienen oder danach auf Grund alters- oder krankheitsbedingter Aussonderung in Pflege gehalten werden,
2. Hunden der Polizei, des Deutschen Roten Kreuzes, des Arbeiter-Samariterbundes, des Malteser-Hilfsdienstes, der Johanniter-Unfallhilfe, des Technischen Hilfswerkes, die ausschließlich der diesen Organisationen obliegenden Aufgaben dienen,
3. Hunden, die für Blinde, Taube, Schwerhörige oder völlig Hilflose unentbehrlich sind und ausschließlich diesem Zweck dienen werden.
Hilflose Personen sind solche, die einen Schwerbehindertenausweis mit den Merkzeichen „B“, „aG“, BI, GI oder „H“ besitzen. Die Steuerbefreiung kann von der Vorlage eines amtsärztlichen Zeugnisses abhängig gemacht werden.
4. Hunden, die zur Bewachung von Herden notwendig sind,
5. Hunden, die die für Rettungshunde vorgesehenen Prüfungen bestanden haben und als Rettungshunde für den Zivilschutz, den Katastrophenschutz oder den Rettungsdienst zur Verfügung stehen oder danach auf Grund alters- oder krankheitsbedingter Aussonderung in Pflege gehalten werden,
6. Hunden in Tierhandlungen und
7. Hunden, die nachweislich im Tierheim untergebracht waren. In diesem Fall ist die Steuerbefreiung befristet bis zum Ende des 12. Monats nach Abholung aus dem Tierheim zu gewähren, jedoch nur wenn der Steuerpflichtige den Hund innerhalb von zwei Wochen ab Übergabe anmeldet.

...

§ 3 – Steuerschuldner / Haftung

(1) Steuerschuldner ist der Halter des Hundes.

Hundehalter ist, wer einen Hund im eigenen Interesse oder im Interesse seiner Haushalts- oder Betriebsangehörigen aufgenommen hat. Als Hundehalter gilt auch, wer einen Hund in Pflege oder Verwahrung genommen hat oder auf Probe oder zum Anlernen hält. Alle in einen Haushalt oder einen Betrieb aufgenommenen Hunde gelten als von ihren Haltern gemeinsam gehalten.

(2) Halten mehrere Personen gemeinsam einen Hund oder mehrere Hunde, so sind sie Gesamtschuldner.

(3) Neben den Hundehaltern haftet der Eigentümer des Hundes für die Steuer gesamtschuldnerisch.

§ 4 – Wegfall der Steuerpflicht; Anrechnung

(1) Die Steuerpflicht beginnt mit dem Ersten des Monats, welcher auf den Monat, in dem der Hund aufgenommen worden ist, folgt.

(2) Hinsichtlich des Mindestalters beginnt die Steuerpflicht mit dem Ersten des Monats, in dem der Hund vier Monate alt wird.

(3) Die Steuerpflicht endet mit dem Ablauf des Monats, in dem der Hund veräußert oder sonst abgeschafft wird, abhanden kommt oder verendet. Hierüber ist ein geeigneter Nachweis zu erbringen.

(4) Bei Zuzug eines Hundehalters aus einer anderen Gemeinde beginnt die Steuerpflicht mit dem Ersten des auf den Zuzug folgenden Monats. Bei Wegzug eines Hundehalters aus der Gemeinde Bodenrode-Westhausen endet die Steuerpflicht mit dem Ablauf des Monats, in den der Wegzug fällt. Es entsteht jedoch für das laufende Kalenderjahr keine anteilige Steuerschuld, wenn der Hund nachweisbar in einer anderen Gemeinde der Bundesrepublik Deutschland bereits für das gesamte Kalenderjahr versteuert wurde.

(5) Die Steuerpflicht entfällt, wenn ihre Voraussetzungen nur in weniger als drei aufeinander folgenden Kalendermonaten erfüllt werden.

§ 5 – Erhebungszeitraum, Festsetzung und Fälligkeit der Steuer

(1) Die Hundesteuer wird jeweils zum **01. Juli** eines jeden Jahres fällig.

(2) Die Steuerpflicht wird für ein Kalenderjahr oder, wenn die Steuerpflicht erst während des Kalenderjahres beginnt, für den Rest des Kalenderjahres mit Bescheid festgesetzt.

(3) Die Steuerschuld wird durch Bescheid festgesetzt.

(4) Entsteht oder endet die Steuerpflicht im Laufe des Kalenderjahres, so ist die Steuer auf den der Steuerpflicht entsprechenden Teilbetrag der Jahressteuer festzusetzen und einen Monat nach Bekanntgabe des Steuerbescheides fällig.

Endet die Steuerpflicht im Laufe des Jahres (§ 4 Absatz 3) und war die Steuer bereits festgesetzt, so ist ein entsprechender Änderungsbescheid zu erlassen.

§ 6 - Steuermaßstab und Steuersatz

(1) Die Steuer beträgt:

1. für den ersten Hund	20,00 €
2. für den zweiten Hund	25,00 €
3. für jeden weiteren Hund	30,00 €
4. für den ersten gefährlichen Hund	300,00 €
5. für jeden weiteren gefährlichen Hund	500,00 €.

Neben einem gefährlichen Hund wird für andere Hunde die Hundesteuer nach Absatz 1 Nr. 2 und 3 erhoben. Neben mehreren gefährlichen Hunden wird für andere Hunde die Hundesteuer nach Absatz 1 Nr. 3 erhoben.

(2) Hunde, für die eine Steuerbefreiung nach § 2 gewährt wird, sind bei der Berechnung der Anzahl der Hunde nicht anzusetzen.

(3) Hunde, für die die Steuer nach § 7 und § 8 ermäßigt wird, gelten steuerlich als Hunde nach Absatz 1 Nr. 1.

(4) Als gefährliche Hunde im Sinne des Absatzes 1 gelten entsprechend §§ 1, 2 des Hundeverbringungs- und Einfuhrbeschränkungsgesetzes (HundVerbEinfG):

1. Pittbull-Terrier
 2. American Staffordshire-Terrier
 3. Staffordshire Bullterrier
 4. Bullterrier
- sowie Kreuzungen mit diesen Tieren.

(5) In Zweifelsfällen haben die Steuerschuldner Feststellungen zum Nachweis der Rasse oder der Kreuzung zu ermöglichen; andernfalls gilt der Hund als gefährlicher Hund.
Im Übrigen gelten auch die in § 1 der Thüringer Gefahren-Hundeverordnung (ThürGefHuVO) genannten Hunde als gefährlich sofern:

1. eine Feststellung nach § 2 Abs.1 ThürGefHuVO vorliegt,
2. die Erlaubnis zum Halten des Hundes nach § 3 Absatz 2 ThürGefHuVO beantragt wurde oder
3. die Gleichwertigkeit nach § 3 Abs. 5 ThürGefHuVO beantragt wurde und der Wegfall der Gefährlichkeit nicht ordnungsbehördlich festgestellt wurde.

§ 7 – Steuerermäßigungen

(1) Die Steuer wird auf schriftlichen Antrag um die Hälfte ermäßigt, für:

1. Hunde, die zu therapeutischen Zwecken eingesetzt werden und die dafür notwendige Prüfung nachweisen können,
2. Hunde, die von Forstbediensteten, Berufsjägern oder Inhabern eines Jagdscheines ausschließlich oder überwiegend zur Ausübung der Jagd oder des Jagd- oder Forstschatzes gehalten werden. Für Hunde, die zur Ausübung der Jagd gehalten werden, tritt die Steuerermäßigung nur ein, wenn sie die jagdrechtliche normierte Brauchbarkeitsprüfung (Stöber-, Schweiß-, Wasser- und Bauarbeit) oder gleichgestellte Prüfungen mit Erfolg abgelegt haben. Die jagdliche Brauchbarkeit nach § 39 ThürJagdgesetz wird durch die untere Jagdbehörde festgestellt.
3. Hunde, die in Einöden gehalten werden, ¹⁾
4. Hunde, die in Weilern gehalten werden. ²⁾

(2) Ein Ermäßigungsgrund nach Absatz 1 kann nur für jeweils einen Hund des Steuerpflichtigen beansprucht werden. Für gefährliche Hunde nach § 6 Absatz 4 und 5 findet Absatz 1 keine Anwendung.

§ 8 - Züchtersteuer

(1) Von Hundezüchtern, die mindestens zwei rassereine Hunde der gleichen Rasse in zuchtfähigem Alter, darunter eine Hündin, zu Zuchtzwecken halten, wird die Steuer für die Hunde dieser Rasse in der Form der Züchtersteuer erhoben.

(2) Die Züchtersteuer beträgt für jeden Hund, der zu Zuchtzwecken gehalten wird, die Hälfte des Steuersatzes nach § 6 Absatz 3. Dies gilt nicht für gefährliche Hunde nach § 6 Absatz 4 und 5.

§ 9 – Allgemeine Bestimmungen für Steuerbefreiungen, Steuerermäßigung und Züchtersteuer

(1) Maßgebend für Steuerbefreiungen, Steuerermäßigungen und die Züchtersteuer sind die Verhältnisse zu Beginn des Jahres. Beginnt die Hundehaltung erst im Laufe des Jahres, so ist dieser Zeitpunkt entscheidend.

¹⁾ Als Einöde (§ 7, Abs. 1, Ziffer 3) gilt ein Anwesen, dessen Wohngebäude mehr als 500 m von jedem anderen Wohngebäude entfernt sind.

²⁾ Als Weiler (§ 7, Abs. 1, Ziffer 4) gilt eine Mehrzahl benachbarter Anwesen, die zusammen nicht mehr als 50 Einwohner (EW) zählen und deren Wohngebäude mehr als 500 m von jedem anderen Wohngebäude entfernt sind.

(2) Steuerermäßigung oder Steuerbefreiung wird nur gewährt und eine Züchtersteuer nur erhoben, wenn, die Hunde die die Voraussetzungen erfüllen und für den angegebenen Zweck geeignet sind, entsprechend den Erfordernissen des Tierschutzes gehalten werden

§ 10 – Anzeige- und Auskunftspflichten

(1) Wer einen über vier Monate alten Hund anschafft oder mit einem solchen Hund zuzieht, hat diesen innerhalb einer Woche in der **VG *Leinetal*** schriftlich anzumelden. Neugeborene Hunde gelten mit Ablauf des vierten Monats nach der Geburt als angeschafft.

Bei der Anschaffung eines Hundes sind bei der Anmeldung anzugeben:

1. Name und die Anschrift des Voreigentümers
2. Anschaffungsdatum/Beginn der Haltung im Gemeindegebiet (Zuzug)
3. Rasse, Alter und Geschlecht des Hundes,
4. bei jagdlicher Brauchbarkeit (Name, Rasse, Geschlecht, Alter – Wurfdatum, Zuchtbuchnummer, Tätö-Nr.).

(2) Der steuerpflichtige Hundehalter (§ 3) muss den Hund innerhalb einer Woche, nachdem:

- er den Hund veräußert hat,
- er den Hund sonst abgeschafft hat,
- der Hund abhanden gekommen ist,
- der Hund eingegangen bzw. verendet ist oder
- der Halter aus der Stadt verzogen ist

bei der **VG *Leinetal*** schriftlich abmelden.

Im Falle der Abgabe des Hundes an eine andere Person sind bei Abmeldung der Name und die Anschrift dieser Person und das Abgabedatum anzugeben.

Mit der Abmeldung ist die Hundesteuermarke an die **VG *Leinetal*** zurückzugeben.

(3) Zur Bestimmung des maßgeblichen Zeitpunktes der An- bzw. Abmeldung sind entsprechende Nachweise durch den Hundehalter vorzulegen.

(4) Sofern der Hund als gefährlich im Sinne des § 6 Absatz 4 und 5 gilt, ist dies bei der Anmeldung unaufgefordert mitzuteilen.

(5) Der Hundehalter ist verpflichtet, den Beauftragten der **VG *Leinetal*** auf Nachfrage wahrheitsgemäß Auskunft über die Rasse bzw. den Typ und die Anzahl der gehaltenen Hunde und deren Versteuerung zu geben.

(6) Hundehalter, Haushaltsvorstände und deren Stellvertreter sind verpflichtet, den Beauftragten der **VG *Leinetal*** bei der Durchführung von Hundebestandsaufnahmen wahrheitsgemäß Auskunft über die Rasse bzw. den Typ, die Anzahl der gehaltenen Hunde und den Beginn der Hundehaltung zu erteilen.

(7) Die Verarbeitung, Verwendung und Übermittlung der erhobenen Daten ist nur für steuerliche und statistische Zwecke zulässig.

...

§ 11 – Hundesteuermarken

- (1)** Für jeden Hund wird bei der Anmeldung dem Halter eine Hundesteuermarke ausgehändigt oder mit dem Abgabenbescheid zugestellt, die bei der Abmeldung des Hundes wieder abgegeben werden muss.
- (2)** Die Hunde müssen außerhalb des Hauses, der Wohnung oder des umfriedeten Grundstückes eine gültige und sichtbar befestigte Steuermarke tragen.
- (3)** Bei Verlust der Hundesteuermarke erhält der Hundehalter eine Ersatzmarke. Für diese Ersatzmarke ist eine Gebühr in Höhe von 10,00 € zu entrichten.
- (4)** Die ausgegebenen Hundesteuermarken bleiben so lange gültig, bis sie durch neue ersetzt werden.

§ 12 – Ordnungswidrigkeiten

- (1)** Bei Zuwiderhandlungen gelten die Straf- und Bußgeldvorschriften in den §§ 16 – 19 Thüringer Kommunalabgabengesetz (ThürKAG).
- (2)** Ordnungswidrig handelt auch, wer vorsätzlich oder fahrlässig als Hundehalter entgegen § 11 Abs. 2 einen Hund außerhalb seiner Wohnung oder seines umfriedeten Grundstückes ohne sichtbar befestigte gültige Steuermarke umherlaufen lässt, die Steuermarke auf Verlangen des Beauftragten der **VG** **Leinetal** nicht vorzeigt oder dem Hund andere Gegenstände anlegt, die der Steuermarke ähnlich sehen.

§ 13 - Inkrafttreten / Außerkrafttreten

- (1)** Diese Satzung tritt zum 01. Januar 2009 in Kraft.
- (2)** Gleichzeitig tritt die Satzung zur Erhebung einer Hundesteuer in der Gemeinde Bodenrode-Westhausen, vom 19. Juni 2001, i.d.F.d. Ausgabe: VG–I–01/2002 (N) und alle weiteren, dieser Satzung entstehenden Vorschriften und Festlegungen außer Kraft.

37308 Bodenrode-Westhausen, den 16. April 2009

Gemeinde Bodenrode-Westhausen

A r e n d
Bürgermeister

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende, von der Rechtsaufsichtsbehörde des Landkreises Eichsfeld mit Bescheid vom 07. April 2009 genehmigte

*Satzung
für die Erhebung der Hundesteuer
in der Gemeinde Bodenrode-Westhausen
(Hundesteuersatzung - HuStsatz)*

wird hiermit gemäß § 21 Abs. 1 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. November 2008 (GVBl. S. 381), i.V.m. § 12 der Hauptsatzung (HptSatz) der Gemeinde Bodenrode-Westhausen i.d. derzeitig gültigen Fassung öffentlich bekannt gemacht.

37308 Bodenrode-Westhausen, den 16. April 2009

Gemeinde Bodenrode-Westhausen

A r e n d
Bürgermeister